

mehr, wir lieben die Erde, wir sitzen nicht abseits, wir strecken die Hände nach dem Leben aus! Und er wendet sich und geht weiter, getrost und bereit, immer weiter.

Am Abend vor der Enthüllung ist im Deutschen Volkstheater ein schönes Fest gewesen. Es begann mit einem Act von Karlweis, „In Gutenstein“, der auf eine feine und freie Weise, das Lobreden vermeidend, die liebe Figur des Dichters, wie sie sich in der Erinnerung verklärt, ruhig und mit Macht erscheinen läßt. Scenen aus dem „Diamant des Geisterkönigs“, dem „Bauer als Millionär“, dem „Menschenfeind“ und dem „Verschwender“ folgten. Das Ereignis des Abends ist Girardi gewesen, den wir nun endlich im Volkstheater haben; wir wollen ihn festhalten. Welch ein Künstler! Wir glauben ihn seit Jahren zu kennen und immer ist er wieder neu, der Unerlöschliche, Unergründliche! Mit einem Blick, durch ein Wort thut er das ganze Schicksal der Menschheit auf. Beim „Nachtlied“ sind unsere ungeduldigen und nervösen Leute wie in der Kirche geessen. Und wie er das „Hobellied“ aus dem Herzen unseres österreichischen Wesens spricht! Welch ein Künstler! Seinesgleichen hat die deutsche Bühne nicht mehr.

Hermann Vahr.

Die Woche.

Politische Notizen.

Ehemals, in den schönen Ordnungszeiten, wo die Regierung im Parlament allmächtig und die Opposition ohnmächtig war, galt es als das häßlichste Vorrecht machtloser radicaler Parteien, im Parlament zum Fenster hinaus zu sprechen, sorglos populäre Anträge einzubringen, durch die der Bevölkerung nur Sand in die Augen gestreut werden sollte, an deren Erledigung aber kein Mensch denken konnte. Alle Regierungen und auch sonst hohe Ordnungspersonlichkeiten haben sich oft genug darüber bitter beschwert. Dieses Verhältnis hat sich, wie so vieles, in der Unordnungs-Ära Thun so ziemlich umgekehrt. Die Parteien sind um so mächtiger, je radicaler sie sind, und die Regierung ist im Parlament vollends ohnmächtig. Deswegen allein wäre die Regierung nicht zu loben, wohl aber wegen der widerspruchslosen Bereitwilligkeit, mit der sie sich in diese neue Rolle gefügt hat. Jetzt ist sie es, die im Parlament zum Fenster hinaus spricht. Sie bringt sorglos die gewissen populären Vorlagen im Parlament ein, an deren parlamentarische Behandlung sie selbst nicht glaubt, durch die sie sich aber bei der Bevölkerung „ein Bildl einzulegen“ hofft.

Jur Besorgung dieses agitatorischen Geschäfts wurde natürlich dasjenige Mitglied des Cabinets bestimmt, das von seiner früheren Thätigkeit her die Kunst, zum Fenster hinaus zu sprechen, am besten beherrscht: der Finanzminister Herr Dr. Raizl. Aber Herr Dr. Raizl ist von seiner einstigen Opposition her so gewöhnt, der Regierung zu schaden, daß er, trotz seines besten Willens, sich zu wandeln, im ersten Anlauf es mindestens noch nicht erlernt hat, der Regierung zu nützen. Durch seinen Gesetzentwurf über die Aufhebung des Zeitungsstempels hat er offenbar uns Zeitungsmenschen bestimmen wollen, die wohlgefällige Regierung zu lieben und das widerhaarige Parlament zu verabscheuen. Der Erfolg wird nahezu der entgegengesetzte sein. Wir sagen uns, daß durch die dreißig Jahre hindurch alle die vielen, der Regierung dienwilligen Parlamente mit all ihren Beschlüssen die Regierung zu dem nicht haben bewegen können, was das jetzige widerhaarige Parlament, ohne es auch nur besonders anzustreben, in kurzer Zeit erreicht hat: der Regierung die Zustimmung zur Aufhebung des Zeitungsstempels abzurufen. Und deswegen loben wir uns das widerpenstige Parlament, und für die einst so hohe Regierung, die so rasch klein geworden ist, haben wir bestenfalls nur ein Lächeln des Mitleids.

Dem Herrn Dr. Raizl ist eigentlich unter allen Blättern bisher nur die „Arbeiter-Zeitung“ auf den Zeitungsstempel-Beim gegangen. Auf der ersten Spalte ihres Donnerstagblattes rühmt sie ihm nach, daß er „ein moderner und vernünftiger Mann ist“, und wenn auch, wie sie schreibt, „nur mühsam“, so „unterdrückt“ sie doch um des Zeitungsstempels Willen die „Entrüstung“ über die gleichzeitig von ihm eingebrachte Zuckererschleifsteuer. Aber schon auf der dritten Spalte desselben Blattes schreibt sie von den Jungzechen, daß „ihre heimliche Zustimmung zu jenem so eclatanten Willküracte (die Grazer Affaire) nur den Verfall dieser Partei bezeugt, die einst als Hort der Freiheit galt“. Ja, aber Herr Dr. Raizl ist doch gerade der Führer und Hauptrepräsentant dieser Partei; wenn keine Partei nur „heimlich“, so hat er als Minister ganz offen seine Zustimmung zu „jenem so eclatanten Willküracte“ geben müssen; und wenn die Partei ihre Principien verrathen hat, dann gewiß auch das Parteimitglied Dr. Raizl, der einzige, der dabei auch einen persönlichen Vortheil, nämlich das Ministerpostenschenkel, erlangt und sich gerade durch die Zuckererschleifsteuer in den directen Widerspruch zu seiner vollstetigen Vergangenheit gesetzt hat. So wenig wie — nach der „Arbeiter-Zeitung“ — ein Finanzminister, so wenig kann die „Arbeiter-Zeitung“ selbst „zubern“. Die gleichzeitige Beschimpfung der jungzechischen Partei und Lobpreisung ihres Führers Dr. Raizl wird auch die „Arbeiter-Zeitung“ keinen wirklich „modernen und vernünftigen Menschen“ plausibel machen können. Und deswegen — glaube ich — hätte sie gut daran gethan, die Zeitungsstempel-Complimente für Dr. Raizl auf der ersten Spalte, sei es auch noch so „mühsam“, zu „unterdrücken“ und dafür ihrer „Entrüstung“ über seine Zuckererschleifsteuer umso freieren Lauf zu lassen.

Dem neu ernannten Präsidenten des Grazer Oberlandesgerichtes, Grafen Gleispach, will kein Grazer Hausbesitzer eine Wohnung vermieten. Ich schlage deswegen vor, ihn im Grazer Asyl für Obdachlose einzuquartieren. Wenn er übrigens wegen seiner diversen Verfassungsbrüche schon abgeurtheilt wäre, könnte man ihn sogar im k. k. Landesgericht Graz, Sträfllingsabtheilung, unterbringen, wo er sogar in nächster Berührung mit den ihm als Oberpräsidenten unterstellten richterlichen Beamten wäre.

Einige Zeitungen haben gemeldet, daß der Handelsminister Dr. Baernreither wegen der Auflösung des Grazer Gemeinderathes zu demissionieren beabsichtige. Wir sind in der Lage, dieses Gerücht auf's entschiedenste zu dementieren. Dr. Baernreither hat gleich bei seinem Amtsantritte erklärt, daß er sich als der „Hüter der Verfassung“ im Cabinet Thun ansehe, und daß er in dem Moment austreten würde, wo die Verfassung verlegt werden würde. Aber nicht einen Tag früher! Dr. Baernreither darf jetzt gar nicht demissionieren, weil die arme Verfassung sonst ihren Hüter verlore, und die Gefahren, welchen heutzutage schlecht gehütete weibliche Wesen in dieser fleischschwachen Welt angesetzt sind, kann jedermann aus seinen eigenen Erfahrungen beurtheilen.

Ein ebenso geist- als schuldenreicher polnischer Abgeordneter hat gesprächsweise eine neue Lösung der Quotenfrage vorgeschlagen. Er jagte: Wenn sich Oesterreich und Ungarn über ihren Beitrag zum Budget der gemeinsamen Regierung nicht einigen können, so sollen sie beide — ihn schuldig bleiben.

Interpellation eines Nicht-Abgeordneten an Se. Excellenz u. i. w. den Grafen Thun: In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. April d. J. hat Graf Thun erklärt, daß er alle an ihn gerichteten Interpellationen pflichtgemäß zu beantworten gedenke. In den Sitzungen vom 26. und 27. April wurde Graf Thun von den Abgeordneten Dr. v. Hofmann und Dr. Kronawetter über die Beziehungen der Regierung zur „Reichswehr“ interpelliert. Graf Thun hat alle anderen Interpellationen, seinem Versprechen gemäß, bereits beantwortet, nur diese nicht, obwohl der Entwurf zur Beantwortung, glaubwürdigen Nachrichten zufolge, vor Wochen im Ministerialbureau fertiggestellt worden ist. Der Unterzeichnete stellt deswegen die Anfrage: Ist der Herr Ministerpräsident ein Mann oder ein Weib? Wenn ein Mann, warum hält er sein am 1. April gegebenes Wort, bezüglich der „Reichswehr“-Interpellationen, nicht ein?

Mit dem § 14 kann man alles machen — nur nicht aus dem Grafen Thun einen Staatsmann.

Volkswirtschaftliches.

Die Antwort des Kriegsministers auf die Interpellation des Delegierten Dr. Schüder in der „Dynamitfrage“ liegt zwar noch nicht im stenographischen Wortlaut, sondern nur in Zeitungsauszügen vor, aber ihre Wirkung ist prompt eingetreten: „Nobel“-Actien sind um 40 fl., von 630 auf 670, gestiegen. Es bleibt eben alles beim alten und die elf Centner Dynamit, welche vom Aetat auf den Markt gebracht worden sind, und die zehn zur Abholung bereit liegenden werden der „Nobel“ nicht kanzeln machen. Womit unsere wackeren Delegierten von Seiten des Generalissimus sämtlicher Behörden abgepeist werden, davon hat die Beantwortung dieser Interpellation eine kleine Probe gegeben. Nach übereinstimmenden Zeitungsberichten sprach der Kriegsminister von „Dynamit“, welches aus den Abfällen der aratischen Pulverfabrication hergestellt wird, was beläufig ebenso richtig ist, als wenn jemand von einer Wehspitze, erzeugt aus den Abfällen der Glasfabrication, sprechen würde. Einer der wenigen Ansprüche, die man controlieren kann! Wenn Herr von Krieghammer von den übrigen Agenden seines Ressorts ebensoviel versteht, wie nach dieser Probe von der Dynamitfabrication, dann sind die ihm anvertrauten Interessen gewiß gut aufgehoben.

In der Jubiläums-Anstellung im Prater ist gewiß viel Interessantes zu sehen. Sehr interessant ist aber auch, was nicht dort ist. Es ist ganz natürlich, daß sehr viele Industriezweige und Industrien nicht vertreten sind; denn ein Geschäft zu machen oder neue Abzweigungen zu finden, können auf Wiener Anstellungen nur wenige Industrien hoffen und so beschließen die meisten die Anstellung nur aus „Patriotismus“. Und eine solche Betätigung desselben ist vielen doch zu kostspielig. Aber das Fehlen einzelner Industriezweige hat noch besondere Gründe. So ist z. B. die elektrische Industrie, welche bei modernen Expositionen doch mit Recht einen Hauptattractionspunkt bildet, so gut wie unvertreten. An bietet jede gewerbliche Anstellung der elektrischen Industrie für Beleuchtung und Kraftübertragung ein so großes Feld der Beschäftigung, daß dieses hintereichen müßte, um diesen Industriezweig zu ausgedehnter Beschäftigung zu veranlassen; zumal die Maschinen im Betrieb die beste Reclame für die Ansteller sind. Natürlich müssen aber den ausstellenden Firmen die diesbezüglichen Arbeiten überlassen werden. Dies geschieht auch überall, nur in Wien nicht. Hier hat nämlich die Internationale Electricitäts-Gesellschaft, als sie ihre Werke im Prater erbaut hatte, vom Oberhofmeisterrath das alleinige Privilegium auf Stromlieferung im Prater erhalten. Der Vertrag jedoch für die Gesellschaft sehr vertheilhaft zu sein, was nicht wundern kann, da er ja von dem ungarischen Gründungs-Consortium der Firma Ganz & Co., mit dem Oberhofmeisterrath abgeschlossen wurde. Zwar zur Beleuchtung im eigenen Hause darf auch im Prater jeder den Strom erzeugen, wie er will, nur nach außen darf er ihn nicht verkaufen. Folglich hätte wohl auch die Anstellung für ihren Bedarf das Recht gehabt, sich selbst den Strom zu erzeugen und im Anstellungsgebiete abzugeben, indes wurden die Ansprüche der Internationalen anerkannt. Unter solchen Umständen erklärten natürlich die großen Wiener Electricitäts-Gesellschaften, daß sie angegriffen, der großen Kosten, Maschinen, die sie nicht betreiben könnten, auch nicht anstellen würden. Da man eine